

niedersachsen magazin

6

Juni 2023 • 85. Jahrgang

NBB – Niedersächsischer Beamtenbund
und Tarifunion

Zukunft = Sicherheit?

Seite 2 <

Alexander Zimbehl
zur Sicherheit im
öffentlichen Dienst

Seite 4 <

Parlamentarischer
Abend des NBB

Seite 6 <

Aktuelles aus den
Mitgliedsgewerk-
schaften des NBB



Sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen,

vor mittlerweile fast einem Jahr hat das Bundesinnenministerium eine Studie zur Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst veröffentlicht. Diese Studie hatte bereits seinerzeit – und auch damals nicht zum ersten Mal – deutlich gemacht, dass jeder vierte Beschäftigte des öffentlichen Dienstes bereits in Ausübung seines Dienstes Gewalt gegen sich erlebt hat. Besonders betroffen sind die klassischen Einsatzberufe wie Feuerwehr, Rettungskräfte, Polizei und Justizvollzug, gleichzeitig aber auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der allgemeinen Verwaltung, der Ordnungsämter und weiterer Dienstleister.

Wenn man sich mit den Menschen im öffentlichen Dienst unseres Landes unterhält und dabei insbesondere ihre persönlichen Wünsche und Bedürfnisse hinterfragt, dann ergibt sich im Ergebnis alenthalben ein identisches Bild. Befragt nach den jeweiligen Wünschen und Zielen geht es vielen Kolleginnen und Kollegen natürlich um ihre jeweiligen finanziellen Perspektiven. Genauso spielen aber die individuellen Belastungsfragen, bedingt durch die in vielen Bereichen angespannte Personalsituation, genauso wie die Fragen des beruflichen Weiterkommens und der gebotenen Perspektiven eine entscheidende Rolle.

■ Gefahr von verbaler und körperlicher Gewalt besteht weiterhin

Unabhängig von all diesen Fragen tritt aber nach wie vor eine weitere Säule immer mehr in den Vordergrund und wird durch uns als Berufsverband bereits seit Jahren in der Politik deutlich gemacht. Es geht eben um die Frage, mit der sich das BMI letztmalig vor einem Jahr intensiv auseinandergesetzt hat, nämlich die der gesellschaftlichen Anerkennung unserer Kolleginnen und Kollegen in der öffentlichen Wahrnehmung und daraus resultierend der zunehmenden Gefahr, Opfer von verbaler und körperlicher Gewalt zu werden.

So muss man sich die Frage stellen, was sich seitens der Politik in den vergangenen Monaten getan hat, wenn die Zahlen auf dem Tisch liegen und die Ereignisse nicht abreißen.

Erneut mussten wir in den vergangenen Tagen Meldungen registrieren, die sprachlos machen und erneut Besorgnis hinterlassen. Nicht zuletzt die Ereignisse in Ratingen haben deutlich gemacht, direkt anknüpfend an die Bilder der Silvesternacht und vieler weiterer Vorkommnisse in diesem Jahr, wie allgegenwärtig unsere Kolleginnen und Kollegen tagtäglich Gefahren ausgesetzt sind. Auch wenn die Hintergründe der Tat von Ratingen noch nicht abschließend aufgeklärt sind, so scheint doch festzustehen, dass der Täter durch seine Aktion versucht hat, zielgerichtet unsere Kolleginnen und Kollegen im Minimum schwer zu verletzen, wenn nicht gar zu töten. Und eines ist dabei auch klar: Diese Tat von Ratingen zum Nachteil der

dort eingesetzten Rettungskräfte kann sich zu jederzeit und an jedem Ort wiederholen.

Und auch die weiteren Taten, die wir in den vergangenen Monaten registrieren mussten, haben eines deutlich gemacht: Es dreht sich in der Frage des Gefahrenpotenzials mittlerweile um alle Bereiche des öffentlichen Dienstes. So kommt in Ibbenbüren im Januar dieses Jahres eine 55-jährige Lehrerin durch ein Messerattentat eines Schülers ums Leben. In Stade werden im vergangenen November Rettungskräfte bei einer Unfallaufnahme von Angehörigen der Opfer beleidigt und angegriffen. Vor wenigen Tagen werden in Würselen zwei Mitarbeiter eines Ordnungsdienstes durch einen falsch parkenden Autofahrer angegriffen, beleidigt und dann durch einen Kopfstoß teilweise schwer verletzt. Im Rathaus Heilbronn kommt es zu einem verbalen und körperlichen Angriff mittels einer Schere auf Sicherheitskräfte. Und bei den hier aufgeführten Ereignissen handelt es sich im Schwerpunkt um jene, die aufgrund ihrer schweren Folge in die mediale Öffentlichkeit gelangt sind. Die tagtäglichen Beleidigungen, Beschimpfungen und Angriffe finden nahezu keinerlei Beachtung.

Es stellt sich Tag für Tag mehr die Frage, was noch alles passieren muss, damit der Staat endlich handelt und sich seiner Fürsorgepflicht nicht nur in politischen Sonntagsreden bewusst wird. So geht es für uns weder um Vornamensdiskussionen noch um die Frage der politisch-gesellschaftlichen Akzeptanz angesichts vermeintlich anerkannter Ziele.

■ Was wir fordern

Es muss darum gehen, dass endlich die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden müssen, unsere Kolleginnen und Kollegen, und da spreche ich insgesamt für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, gegen derartige Übergriffe zu schützen. Die gesellschaftliche Entwicklung, die wir seit Jahren registrieren und reklamieren, ist längst zum Nachteil unserer Kolleginnen und Kollegen angekommen.

Wir erwarten seitens der Landes- und der Bundespolitik deutlich mehr, als bislang geleistet wurde. So haben es unsere Verbände und Organisationen schon in den ersten Tagen des neuen Jahres deutlich gesagt: Die Silvesterkrawalle in Berlin, in Hamburg, auch in



> Alexander Zimbehl,
1. Landesvorsitzender

Impressum

Herausgeber: NBB Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion, Raffaelstraße 4, 30177 Hannover. **Telefon:** 0511.3539883-0. **Telefax:** 0511.3539883-6. **E-Mail:** post@nbb.dbb.de. **Internet:** www.nbb.dbb.de. **Bankverbindung:** BBank Karlsruhe, BIC: GENODE61BBB, IBAN: DE07 6609 0800 0005 4371 56. **Redaktion:** Alexander Zimbehl (1. Landesvorsitzender), Lia Napierski. **Redaktionsschluss:** 09.05.2023

Verantwortlich für den Inhalt: Alexander Zimbehl, Raffaelstraße 4, 30177 Hannover. Beiträge mit Autorenangabe stellen nicht unbedingt die Meinung des NBB dar.

Verlag: DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Titelfoto: © Dieter Meyr

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** Dominik Allart.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea Franzen, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste** 27, gültig ab 1.1.2023.

Bezugsbedingungen: Erscheint 10-mal jährlich. Bezugspreis für Nichtmitglieder pro Jahr 19,90 Euro. Für Mitglieder ist der Bezugspreis durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. Bezug nur durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag.

Hannover und in vielen anderen Städten, werden wenige Tage im Fokus der Medien und der Politik bleiben und dann erneut für etwa 51 Wochen in der politischen Schublade verschwinden. Offensichtlich haben wir leider wieder einmal recht behalten.

■ Gipfelgespräch mit Innenministerin Behrens

Innenministerin Behrens hat für Niedersachsen im Rahmen eines Gipfelgespräches im Februar nicht nur die umfangreiche Erstellung eines Lagebildes angekündigt, sondern gleichzeitig sich auch deutlich für die Durchführung beschleunigter Verfahren bei derartigen Vorkommnissen ausgesprochen. Auch der deutlichere Fokus auf die Anwendung optionaler Nebenstrafen, angesprochen durch ihren Amtsvorgänger Boris Pistorius, könnte eine sinnvolle Maßnahme darstellen.

Diese Intention des Strafverfahrensrechts und der jeweiligen strafrechtlichen Nebengesetze ist richtig und zu unterstützen, wird aber nur dann funktionieren, wenn wir unsere niedersächsische Justiz in allen Bereichen personell deutlich besser aufstellen. Diesbezüglich ist aus unserer Sicht in der Vergangenheit zu wenig passiert und aktuell scheint erneut der Wille an der politischen Umsetzung zu fehlen. Es muss den politisch Verantwortlichen in diesem Land klar sein, dass ein umfassender Schutz unserer Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nur dann erfolgen kann, wenn alle verantwortlichen Ministerien in dieser Frage geschlossen auftreten und gemeinsam zusammenarbeiten.

Ein Staat, der nicht die Kraft hat, seine eigenen Beschäftigten vor Angriffen zu schützen, und sich maximal und im Idealfall auf per-

sönliche Ausstattung bezieht, droht sich mitverantwortlich zu machen. Dieses gilt es, gemeinsam – mit allen demokratischen politisch Verantwortlichen – zu verhindern und diesem entsprechend entgegenzutreten.

■ Gesetzesinitiative des NBB

Der Niedersächsische Beamtenbund und Tarifunion wird nunmehr eine Gesetzesinitiative starten, die es ermöglichen soll, dass Kolleginnen und Kollegen zumindest bei entstandenen Schäden nicht nur eine persönliche Begleitung erhalten, sondern auch gleichzeitig eventuelle persönliche Schäden einfacher und unbürokratischer ausgeglichen bekommen. Hier besteht nach unserer Überzeugung noch ein erheblicher Nachholbedarf und wir müssen es gemeinsam schaffen, die Voraussetzungen dafür zu verbessern.

Es bleibt nach unserer festen Überzeugung nach wie vor eine Menge zu tun, um dieser gesamtgesellschaftlichen Entwicklung der Begehung von Angriffen auf unsere Beschäftigten entgegenzutreten. Diesen politischen Willen eines klaren Statements erwarten wir jetzt – in aller Deutlichkeit und mit einem klaren Engagement.

Ihr/euer



Alexander Zimbehl

Delegiertenversammlung des NBB in der Region Elbe-Weser

Nachdem die geplante Versammlung in 2020 wegen der Pandemie nicht stattfinden konnte, trafen sich nun am 11. Mai 2023 die Delegierten der Fachverbände im NBB, Region Elbe-Weser, in Bremervörde zu ihrer Jahresversammlung.

Mit besonderer Freude wurde der 1. Landesvorsitzende Alexander Zimbehl vom Regionalvorsitzenden Hartmut Reimers (DStG) begrüßt. Durch sein Kommen hatten die Kolleginnen und Kollegen auch die Gelegenheit zum persönlichen Gespräch.

Alexander Zimbehl berichtete über die aktuelle Lage im Tarifbereich des Bundes und der Kommunen. Das in den Einzelheiten besondere Ergebnis wurde mit großem Interesse angenommen. Die nun für Niedersachsen gegen Ende des Jahres folgenden Verhandlungen

werden den NBB und seine Fachgewerkschaften laut Alexander Zimbehl mit aller Härte fordern. Diese Gemeinsamkeit, die durch die Bildung der Regionalverbände gestärkt werden sollte, war leider nicht so erfolgreich, sodass eine Neuordnung ohne Regionen geplant sei. Dennoch sei eine Steigerung der Aktivitäten im Hinblick auf die Demonstrationsfähigkeit notwendig.

Mit einem Dank für die bisherige Arbeit des Regionalverbandes und seines Vorsitzenden verabschiedete sich Alexander Zimbehl zu einem weiteren Termin.

Es folgte die Delegiertenversammlung mit den Berichten des alten Vorstandes und des Kassenprüfers. Nach der einstimmigen Entlastung wurden der bisherige Vorsitzende und der übrige Vorstand zur Wieder-

wahl vorgeschlagen. Kollege Hartmut Reimers (DStG) wird den Vorstand bis zum Landesgewerkschaftstag 2024 weiterleiten und die gemeinsame Arbeit fortführen.

Mit einem Dank an alle anwesenden Kolleginnen und Kollegen wurde die Versammlung beendet.

Hartmut Reimers



© Hartmut Reimers (2)



Artrium „Altes Rathaus“ in Hannover bildete für einen Abend den Rahmen für politische Gespräche



4

NBB – Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion

Am 3. Mai 2023 fand auch in diesem Jahr eine atmosphärische und gelungene Veranstaltung mit reger Präsenz der Vertreter des Landtages sowie unserer Mitgliedsgewerkschaften statt. Der NBB richtete den

diesjährigen Parlamentarischen Abend im Atrium im Alten Rathaus in Hannover aus. Zwischen stimmungsvoller Musik, leckerem Essen und guten Gesprächen kamen auch die Innenministerin Daniela

Behrens, der Finanzminister Gerald Heere sowie der CDU-Fraktionsvorsitzende Sebastian Lechner dazu, sich mit vielen Anwesenden über wichtige Anliegen beider Parteien auszutauschen.

Nach einem angenehm entspannten Sektempfang der Gäste wurde an einem der elegant gedeckten Rundtische mit NBB magentafarbenen Details Platz genommen. Der NBB-Vorsitzende Alexander Zimbehl



Das festlich eingedekte Atrium in Hannover



Sektempfang der Gäste





> Landtagsvizepräsident Marcus Bosse



> Der 1. Landesvorsitzende des NBB, Alexander Zimbehl



> Der 2. Landesvorsitzende des NBB, Dr. Peter Specke



> Dr. Juhl Jörgensen, Alexander Zimbehl, Jens Knochen, Kerstin Rhode-Fauerbach, Marianne Edmann-Serec, Markus Plachta, Lara Wiechers, MdL Eike Holsten, Patrick Seegers (von links)



> Intensive Gespräche mit Innenministerin Behrens



© NBB (11)

zog in seiner durchaus inspirierenden Rede, die auch Platz zum Schmunzeln ließ, ein Fazit über die vergangene Tarifrunde im TVöD und warf den Blick auf die kommenden Verhandlungen im TV-L im Herbst des Jahres. Dabei ging er im Wesentlichen auf die großen Herausforderungen für alle Beteiligten, auch auf der Länderebene, ein, die dieses Ergebnis nunmehr in der weiteren Umsetzung bedeuten. So machte er in Richtung des Finanzministers die klare Erwartungshaltung des NBB deutlich, dass dieser insgesamt durchaus positive Tarifabschluss auch in den anstehenden Tarifverhandlungen auf Länderebene seine Wirkung entfalten müsse. Gleichzeitig ließ er es sich nicht nehmen, ebenfalls einen Bogen über die Gründung des NBB anlässlich des 75. Jahrestages die weitere Entwicklung bis hin zu der Präsenz, die der NBB und seine Mitgliedsorganisationen in diesem Jahr bei diversen Aktionen gezeigt haben, zu spannen. So machte der 1. Landesvorsitzende deutlich, dass der NBB ein starker und vertrauensvoller Partner für die Landespolitik ist und bleiben wird.

Im Anschluss sprach der Landtagsvizepräsident Marcus Bosse ebenfalls ein paar Grußworte zu den Gästen, aus denen sich eine weiterhin gute Zusammenarbeit zwischen dem Landtag und den Gewerkschaften heraushören ließ.

Nachdem sich der 2. Landesvorsitzende Dr. Peter Specke den Worten von Alexander Zimbehl angeschlossen hat, eröffnete er das großzügig aufgebaute Buffet. Daraufhin blieb ausgiebig Raum für einen politischen und gewerkschaftlichen Meinungsaustausch aller Gäste.

Der NBB bedankt sich herzlich für die rege Teilnahme und somit für die Mitwirkung an dem Erfolg dieser immer wieder schönen Veranstaltung einer starken NBB-Familie. ■



Aktuelles aus unseren Mitgliedsgewerkschaften

DPoIG

Tag der Helfer in Delmenhorst



Ein gemeinsames Team aus Niedersachsen und Bremen präsentierte am 7. Mai einen Infostand für die Stiftung der Deutschen Polizeigewerkschaft. Es war eine spontane Idee anlässlich des Landesdelegiertentages der DPoIG Bremen. Der Ausrichter des „Tages der Helfer“ in Delmenhorst, Gerrit Schröder von nonstopnews, fragte an, ob die DPoIG dort nicht auch mit einem Stand vertreten sein könnte.

Der Bremer Vorstand mit Ben Soika und Andre Gudel sowie auch der Bundesvorsitzende Rainer Wendt waren sofort einverstanden, sahen aber die Stiftung als geeigneter für eine Präsentation bei einer Veranstaltung an, die gerade die Helfenden der Gesellschaft in den Mittelpunkt stellt.

In Abstimmung mit dem „örtlich zuständigen“ DPoIG-Chef aus Niedersachsen, Patrick Seegers, und dem Regionalbeauftragten der Stiftung für die norddeutschen Bundesländer, Dirk Hallmann, gelang es, ein hoch motiviertes Team aus beiden Bundesländern für die Standbetreuung zusammenzustellen.

Mehrere Tausend Blaulicht-Interessierte besuchten am 7. Mai das Veranstaltungsgelände an der DIVARENA im Neuen Deichhorst in Delmenhorst und viele davon fanden auch den Weg zum Stand der Stiftung. Auch Rainer Wendt ließ es sich nicht nehmen, das Team vor Ort zu besuchen.

Neben umfangreichem Stiftungsmaterial, auch zum anstehenden 25-jährigen Jubiläum, und Malbüchern für die kleinen Besucherinnen und Besucher, lockte die Interessierten der Duft von frisch zubereitetem Popcorn an. Die Popcorn-Maschine hatte der Direktionsverband Hannover zur

Verfügung gestellt, und es sollte sich lohnen: Deutlich über 100 Tüten konnte das Betreuungsteam gegen eine kleine Spende abgeben und weil es auch spontane Spenden gab, kamen so über 400 Euro für die Stiftung zusammen.

Als Regionalbeauftragter danke ich Stephanie Henken (Bremen), Iris Hallmann, Sascha Altmann (Bremen) und Christian-Tobias Gerlach für ihr tolles Engagement und der DPoIG Bremen für die Initiative.

Dirk Hallmann

DSTG

Ein richtiges Signal auch für die Steuerverwaltung

Die „Polizeizulage“ wird ab dem 1. Juli 2023 angehoben!



Die Regierungsfractionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben im Rahmen der Eckpunkte zum 2. Nachtragshaushalt 2023 bekannt gegeben, dass auch die Zulage für Kolleginnen und Kollegen im Polizeidienst ab Mitte des Jahres angehoben wird. Die sogenannte „Polizeizulage“ wird von derzeit 127,38 Euro auf dann 180 Euro im Monat erhöht. „Auch wir begrüßen diese Entscheidung ausdrücklich“, so der DSTG-Landesvorsitzende Thorsten Balster in einer ersten Reaktion. „Hiermit wird auch eine langjährige Forderung der DSTG umgesetzt.“ Diese erhöhte Polizeizulage wirkt sich neben den Beschäftigten der Polizei dann auch positiv auf die Kolleginnen und Kollegen aus der Steuerverwaltung – im Bereich der Steuerfahndung – aus. Auch deren Arbeit ist oft nicht ungefährlich, immer anspruchsvoll und erringt durch diese finanzielle Verbesserung eine unbedingt notwendige Wertschätzung. „Dies ist ein richtiger erster Schritt“, so Balster weiter. „Jetzt ist dieser Weg konsequent weiterzuerfolgen. Die Zulage muss

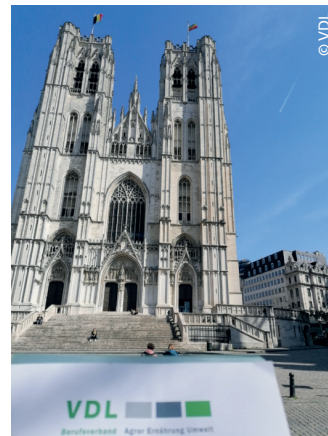
in einem zweiten Schritt auch wieder ruhegehaltstauglich werden. Wertschätzung darf nicht mit der Pensionierung enden.“

Quelle: DSTG

VDL

VDL-Lehrfahrt: das Brüssel-Seminar 2023

Mal nach der langwierigen Coronapandemie konnten 30 Teilnehmer endlich wieder das VDL-Brüssel-Seminar besuchen und sich insbesondere über die Lobbyarbeit im Agrar- und Ernährungsbereich einen Überblick verschaffen. Die dreitägige Fahrt vom 19. bis 21. April 2023 begann mit einer Stadtführung durch das schöne Brüssel. Es ging vorbei an der Kathedrale St. Michael und St. Gudula, durch die Einkaufsgalerie Royales Saint-Hubert hin zum Grand-Place. Im Anschluss folgte der Besuch in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europä-



schen Union. Begrüßt wurden die VDL-Mitglieder von Katharina Neumann und Anna Hübler aus dem Referat für Ernährung und Landwirtschaft. Die Referentinnen gaben Einblicke über den Aufbau und die Arbeit des Referates und zeigten auf, wie der Rat der Europäischen Union agiert. Ihre Verantwortlichkeiten umfassen neben den Bereichen Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik auch das Themenfeld

Fischereipolitik. Die Ständige Vertretung steht dazu in ständigem Austausch mit den entsprechenden Fachministerien in Deutschland. So sind beide auch vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft an die deutsche Vertretung abgeordnet. Der Tag fand sein Ende bei einem gemeinsamen Abendessen in der Brüsseler Altstadt und regen Diskussionen über die Eindrücke des ersten Tages.

Der nächste Tag begann mit einem weiteren kulturellen Programmpunkt. Im „Parc Leopold“, inmitten des Europaviertels, zog es die Teilnehmenden zum Haus der europäischen Geschichte. Das 2017 geöffnete Museum bot eine Führung durch seine vielfältigen Räumlichkeiten und ergänzte so manch Wissenswertes zum früheren Geschichtsunterricht.

Anschließend erwartete die Gruppe das Programm im Deutschen Haus der Landwirtschaft. Den Einstieg in die Vorträge der Agrarverbände machte Heinz-Jürgen Zens vom Deutschen Raiffeisenverband. Er erklärte der Zuhörerschaft, wie der Verband aufgebaut ist und gab Einblicke in seine Arbeit. Ergänzend zum Thema des Seminars „Aktuelle Themen der Agrar- und Ernährungspolitik aus erster Hand“ folgte nach dem ersten Vortrag Julia Hammermeister und stellte die Perspektive des Deutschen Bauernverbandes vor. In der abschließenden Diskussionsrunde durften die Teilnehmenden den stellvertretenden Generalsekretär des Verbandes, Udo Hemmerling, begrüßen und hatten die Gelegenheit zu einem ausführlichen Gespräch. Den Brüssel-Besuchern konnte deutlich gemacht werden, wie die Verbände versuchen, politische Entwicklungen früh zu erkennen und mit den eigenen Interessen zu verknüpfen. Außerdem konnten einige aktuelle politische Themen besprochen und diskutiert werden, wie zum Beispiel

die Entstehung der GAP 2023 bis 2027 oder die gerade beschlossene Verordnung zur Eindämmung der weltweiten Entwaldung und ihre Auswirkungen auf die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft. Im Anschluss an die Vorträge konnten sich alle über kühle Getränke, einen warmen Imbiss und auf das Netzwerken zwischen allen anwesenden Personen freuen.

Am letzten Tag des Seminars zog es die Teilnehmenden in das Gebäude der Europäischen Kommission. Der erste Vertreter der Generaldirektion, Johannes Enzmann, führte die Gruppe in die Rolle der EU-Kommission ein. Abschließend führte Kathrin Maria Rudolph, stellvertretende Referatsleiterin, das Publikum durch den Entstehungsprozess der Gemeinsamen Agrarpolitik von 2023 bis 2027. Ihr Referat betreut die Umsetzung der GAP unter anderem in Deutschland und so bot der Vortrag einen detaillierten Einblick in dieses umfangreiche Thema.

Die Busfahrt zurück nach Köln machte noch einmal deutlich, dass alle Teilnehmer von der dreitägigen Fahrt absolut begeistert waren. Die Gruppe erhielt viele Einblicke und Informationen über politische Entwicklungen und konnte interessante Eindrücke gewinnen.

Lisa-Marie Paul

► BbT

70 Jahre BbT – Bundesverband der beamteten Tierärzte richtet den Blick nach vorne

BbT Der Bundesverband der beamteten Tierärzte feiert im Rahmen des diesjährigen Kongresses sein 70-jähriges Jubiläum. „Wir erliegen nicht der Versuchung, in Erinnerungen zu schwelgen,“ sagt Präsident Dr.

Vogel, „dafür sehen wir uns zu vielen Herausforderungen gegenüber.“ So steht die Zukunftsorientierung im Zentrum des Kongresses: „Motivierung jüngerer Kolleginnen und Kollegen zur Übernahme von Führungsaufgaben und berufspolitischem Engagement sowie Digitalisierung sind eindeutig die Kernthemen in diesem Jahr“, so Vogel. Der BbT begrüße die Entscheidung der Bundesregierung, in dieser Legislaturperiode die Grundlagen für die vom BbT seit Jahren geforderte Tiergesundheitsdatenbank zu schaffen. „Damit werden wir endlich ein Instrument in der Hand haben, landwirtschaftliche Betriebe zielgerichteter zu überwachen“, betont Vogel. Die Regierung sei gut beraten, bereits vorhandene Systeme adäquat zu berücksichtigen. „Wenn das Rad neu erfunden werden soll, wird es in naher Zukunft wieder nichts werden“, meint Vogel mahnend. Darüber hinaus widmet sich der BbT auf seinem 40. Internationalen Veterinärkongress in Bad Staffelstein den Themenkomplexen Lebensmittel, Tiergesundheit und Tierschutz in verschiedenen Vorträgen.

Quelle: BbT

► VNSB

Vollzugszulage wird erhöht – mit 180 Euro ist Niedersachsen nun Spitze im Ländervergleich

VNSB Am 8. März 2023 veröffentlichte die SPD-Landesfraktion Niedersachsen die „Norderneyer Erklärung“. Dort hieß es unter der Überschrift „Den demokratischen Rechtsstaat schützen und stärken“: „Darum wollen wir schnellstmöglich die Polizeizulage erhöhen. Das gilt gleichermaßen für die Feuerwehzulage.“

Wie haben sich wohl die Kolleginnen und Kollegen des Justizvollzuges gefühlt, als sie die

Berichterstattung der oben genannten Erklärung von der Klausur lesen konnten?

Es schien bereits wieder vergessen zu sein, dass dem Justizvollzug mit der Anhebung der Lebensarbeitszeit 2019 von 60 auf 62 Jahre zugesagt worden war, dass er bei künftigen Anhebungen der Zulagen vollumfänglich mitberücksichtigt werde.

In einem anderen Zusammenhang erschien am 30. März 2023 dann noch folgendes Interview mit der Überschrift „Wirtschaftsweiser Martin Werding regt Sonderopfer der Beamten an“ in der WirtschaftsWoche:



Wirtschaftssachverständiger Martin Werding möchte, dass die Beamten nicht von den Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst profitieren.

Der Ökonom Martin Werding, Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, hat die Bundesregierung aufgefordert, den Tarifabschluss im öffentlichen Dienst nicht wie geplant zeit- und inhaltsgleich auf die Beamten zu übertragen. „Angesichts der angespannten Haushaltslage halte ich es für legitim, dass Beamte, die ja einige Privilegien genießen, ein wenig zurückste-

cken“, sagte der Bochumer Ökonomieprofessor.

Dies hieße nicht, den Staatsdienern die Lohnerhöhung vorzuhalten. „Aber man könnte diese zeitlich stecken oder einen Teil in Pensionsrücklagen stecken“, so Werding. „Ein solches ‚Sonderopfer‘ hat es in der Vergangenheit schon mehrfach gegeben.“

Da konnte schon einmal beim ohnehin schon nachwuchsgebeutelten Vollzug das Gefühl entstehen, eher nicht eine der drei Säulen der Staatsgewalt, zudem noch die wortwörtlich vollziehende, zu sein, sondern womöglich doch nur irgendwie Beamte zweiter Wahl zu im-

men. Obwohl betrübt und unbefriedigt wurde nun der Verband Niedersächsischer Strafvollzugsbediensteter (VNSB) umgehend tätig und sprach mit Mitgliedern von Regierungs- und Oppositionspartei. An dieser Stelle muss der Landesvorsitzende Oliver Mageney genannt werden, der sich unermüdlich die Finger wund wählte, um hier einiges in die Wege zu leiten und an Zusagen zu erinnern!

So ging bereits am 10. März 2023 daraufhin die Kleine Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung (Drs. 19/844) des CDU-Abgeordneten André Hüttemeyer bei der Staatskanzlei ein. Darin wurde unter anderem die Frage gestellt, ob die Landesregierung auch die Anhebung der Vollzugszulage für Mitarbeiter/innen im Justizvollzugsdienst (sog. Gitterzulage) plant.

Als Antwort des Justizministeriums namens der Landesregierung kam, dass von der Landesregierung für die Vollzugszulage ebenfalls ein Bedarf für eine Erhöhung gesehen und über die



Umsetzung im Rahmen der kommenden Haushaltsaufstellungen verhandelt wird.

Umso erfreulicher, dass der VNSB seinen Mitgliedern bereits am 14. April 2023 mit Umsetzung zum 1. Juli 2023 folgende Pressemitteilung präsentieren konnte:

„Die Erhöhung der Zulagen für Polizistinnen, Feuerwehrleute und Justizvollzugsbeamten im Landesdienst würdigt die herausragende Arbeit, die sie jeden Tag für unsere Gesellschaft leisten. Mit 180 Euro pro Monat erhalten unsere Beamtinnen und Beamten in Niedersachsen nun die höchste Zulage im Ländervergleich“, sagt Grant Hendrik Tonne, Vorsitzender der SPD-Fraktion. „Ich freue mich, dass wir über diese Forderung unserer Fraktion aus der Norderneyer Erklärung so schnell eine Einigung erzielen konnten – insbesondere auch über die Berücksichtigung der Justizvollzugsbeamt*innen. Damit stellen wir den Gleichklang über die Berufsgruppen hinweg her und schaffen mehr Anerkennung für diese verantwortungsvollen Tätigkeiten. Gerade auch vor dem Hintergrund der steigenden Zahl von Übergriffen auf Sicherheits- und Rettungskräfte sowie zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität ist die Zulagen-erhöhung ein wichtiger Schritt.“

Dass unsere Justizministerin Frau Dr. Wahlmann dies auf ihrem Instagram Account mit „Vollzugszulage wird erhöht #Gerechtigkeit“ kommentiert hat, hat der VNSB als starkes Zeichen wahrgenommen!

Ralf Schlütemann

■ GdS

GdS-Bundeshauptvorstand 2023 – Solidarität und Stärke bewiesen

GdS Auf der diesjährigen Sitzung des GdS-Bundeshauptvorstandes vom 8. bis zum 10. Mai 2023 in Rostock-Warnemünde standen

die vielschichtigen Herausforderungen der veränderten Arbeitswelt im Mittelpunkt. Der Bundeshauptvorstand – das höchste Organ der GdS nach dem Gewerkschaftstag – setzte sich mit den Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst auseinander und diskutierte intensiv strukturelle Weichenstellungen für die Gewerkschaftsarbeit der kommenden Jahre.

„Die Krisen der vergangenen Jahre – von denen einige noch längst nicht bewältigt sind – schlagen sich noch immer in hohen Lebenshaltungskosten nie-



der. Viele Menschen wissen nicht mehr, wie sie die explodierenden Kosten bewältigen sollen“, stellte der GdS-Bundesvorsitzende Maik Wagner zu Beginn seines Berichtes zur Lage fest. „Unsere Aufgabe als Gewerkschaft ist es, für die Beschäftigten in der Sozialversicherung ein Gehalt zu verhandeln, mit dem sie ihren Alltag finanzieren können.“

Dieses Ziel prägte auch die Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen. Am Ende steht ein Ergebnis, das erst nach zähen und kraftraubenden Verhandlungen, dem Einsatz vieler Kolleginnen und Kollegen und einer Schlichtung zustande kam.

„Ein ganz großer Dank geht an unsere vielen engagierten Kolleginnen und Kollegen, die im ganzen Land für die Interessen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen auf die Straße gegangen sind“, so Maik Wagner. „Egal ob in Kiel, Berlin, Halle, Gelsenkirchen oder Nürnberg – überall waren GdS-Mitglieder aktiv vor

Ort und haben unsere berechtigten Interessen in das Bewusstsein der Arbeitgeber und der Öffentlichkeit getragen. Wir haben Stärke und eine riesige Solidarität untereinander bewiesen. Ohne diese Kraftanstrengung wäre das Verhandlungsergebnis – das natürlich ein Kompromiss ist – so nicht möglich gewesen.“

Auch in Zukunft gelte es, Stärke und Solidarität zu zeigen, blickte der GdS-Bundesvorsitzende auf die nächsten Tarifverhandlungen in der Sozialversicherung. „Wir wollen die Rahmen-

bedingungen zugunsten der Beschäftigten in einer zunehmend digitalen Arbeitswelt und Sozialversicherung gestalten. Dabei gilt natürlich: Je mehr Beschäftigte sich unserer GdS anschließen, desto besser werden unsere Tarifabschlüsse.“

Unter dem Motto „Wir machen Zukunft“ wird die GdS im Frühjahr 2024 in Magdeburg zu ihrem 10. ordentlichen Gewerkschaftstag zusammenkommen. Die Delegierten des Bundeshauptvorstandes sprachen sich klar für dieses Motto aus und so gilt es, die zahlreichen Aufgaben in diesem Sinne weiter anzupacken.

Quelle: GdS

■ DPVKOM

Am 5. und 6. Mai 2023 wurde bei der DHL Hub Leipzig GmbH gestreikt.



Damit will die Fachgewerkschaft DPVKOM im Zusammenhang mit der Tarifrunde für die mehr als 6.000 Mitarbeitenden des Unterneh-

mens ein deutliches Zeichen für eine spürbare Entgeltsteigerung setzen. Der Streik begann am 5. Mai um 19 Uhr und endete am 6. Mai um 8 Uhr.

Dadurch kam es am DHL-Luftfahrtkreuz Leipzig/Halle zu erheblichen Verzögerungen bei der Bearbeitung von mehreren Tausend Express-Sendungen.

„Wir haben die Deutsche Post AG am 25. April dazu aufgefordert, mit uns Tarifverhandlungen aufzunehmen. Mit unserem Warnstreik wollen wir unseren Forderungen Nachdruck verleihen“, so die DPVKOM-Bundesvorsitzende Christina Dahlhaus. Die DPVKOM will in der Tarifrunde eine lineare Erhöhung der monatlichen Tabellenentgelte um zwölf Prozent und eine Entgelterhöhung von 500 Euro für alle Entgeltgruppen durchsetzen. Außerdem soll das volle 13. Monatsgehalt ab dem ersten Beschäftigungsjahr gezahlt werden. Unabhängig von der Tarifrunde soll auch die 100-prozentige Tochtergesellschaft der Deutschen Post, DHL, die steuer- und sozialabgabenfreie Inflationsausgleichsprämie in Höhe von 3.000 Euro an die Beschäftigten zahlen.

Dahlhaus weiter: „Diese Tariforderungen sind mehr als berechtigt. Nach über 30 Jahren ist ein Ost-West-Angleich für die gleiche Arbeit mehr als überfällig, alles andere wäre respektlos!“ So erhalten die Beschäftigten bei der DHL Hub Leipzig GmbH in manchen Entgeltgruppen monatlich bis zu 700 Euro weniger als ihre Kolleginnen und Kollegen im Tarifgebiet West – für vergleichbare Tätigkeiten wohl gemerkt. Und angesichts eines Einstiegsgehalts bei der DHL Hub Leipzig GmbH von 1.968 Euro wird deutlich, dass die monatlichen Entgelte deutlich erhöht werden müssen. Schließlich leiden die Beschäftigten auch im Ballungsgebiet Leipzig/Halle unter den stark angestiegenen Kosten für Lebensmittel, Energie und Miete.

Quelle: DPVKOM